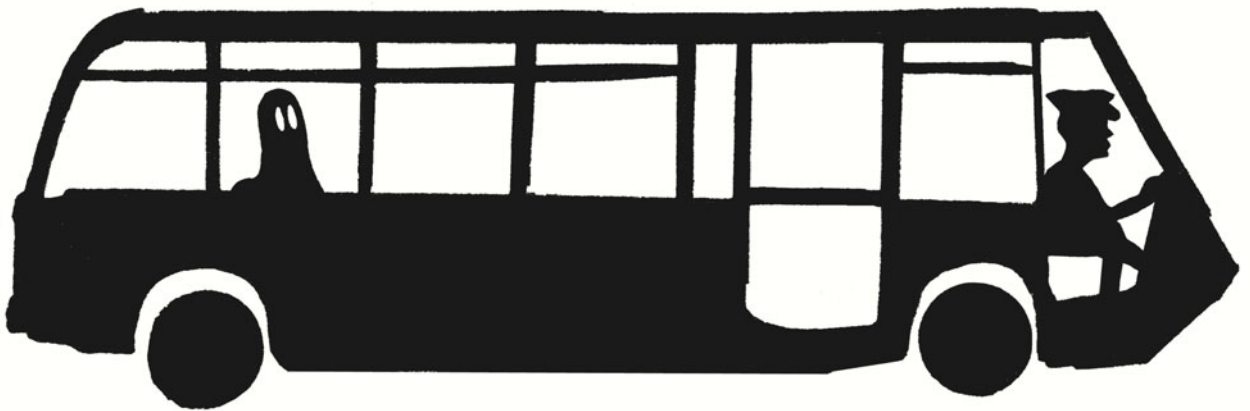


**Ich bin
doch nicht
blöd!**



**Tausende »Studenten« studieren
gar nicht. Sie sind nur
eingeschrieben, um günstiger Bus
fahren zu können und
sich andere Sonderleistungen
zu erschwindeln. Die Unis
unternehmen kaum etwas gegen
den Großbetrug.
Sie profitieren sogar davon.**

VON SEBASTIAN JANNASCH
UND MIRIAM OLBRISCH

Als die letzte Prüfung absolviert war, wurde Malte Scholl* zum Betrüger. Der Mittzwanziger hätte sich nun als frisch diplomierter Politikwissenschaftler für immer von der Uni Marburg verabschieden können. Tat er aber nicht. Stattdessen schrieb er sich erneut an der Hochschule ein, dieses Mal für den Bachelor in Philosophie.

Es waren jedoch nicht Hegel, Kant oder die anderen großen Denker, die ihn lockten. Scholl ging es nur ums Geld.

»Als Student konnte ich zum Beispiel weiter günstig krankenversichert bleiben«, sagt er, »mehr als 100 Euro habe ich damit monatlich gespart.« Außerdem durfte er dank des Semesterickets weiter kostenlos mit Bus und Regionalbahn kreuz und quer durch Hessen fahren.

Ganze vier Semester blieb Scholl nach seinem Abschluss noch an der Uni Marburg eingeschrieben. Das Hochschulgelände betrat er kein einziges Mal mehr. Warum auch? Scholl machte Praktika, jobbte ein bisschen, schrieb Bewerbungen. Die Semestergebühren in Höhe von etwa 250 Euro bezahlte er bequem

per Online-Überweisung, der Studentenausweis kam immer pünktlich per Post. Toller Service, dachte sich Scholl.

An deutschen Hochschulen findet ein Betrug gigantischen Ausmaßes statt. Zehntausende, vielleicht Hunderttausende »Studenten« studieren wahrscheinlich gar nicht, sie sind nur deswegen eingeschrieben, weil sie auf diesem Weg Extraleistungen erschleichen können, von denen andere Menschen nur träumen: Sondertarife bei Versicherungen, kostenlosen ÖPNV, verbilligte Kinobesuche und staatlich subventionierte Mahlzeiten in der Mensa. Es gibt für Studenten gebührenfreie Bankkonten, bezuschusste VHS-Kurse und rabattierte Mitgliedschaften in Fitnessstudios. Wer eingeschrieben und unter 25 Jahre alt ist, bekommt vom Staat auch noch Kindergeld obendrauf.

Exmatrikulieren, ohne einen Job zu haben? Ich bin doch nicht blöd!

Wie viele der knapp 2,5 Millionen Studenten in Deutschland sich diese Vergünstigungen vorsätzlich erschwindeln, kann man nur schätzen. Doch Stichproben lassen erahnen, dass an

* Alle Namen der Studenten geändert.

manchen Fakultäten fast jeder dritte ein Phantomstudent ist, der in Wahrheit nur chillt, Praktika macht oder mit dem Rucksack durch fremde Länder tingelt. Besonders beliebt bei Hängern, Nebenjobbern oder Weltreisenden sind Fächer, die keine oder kaum Zulassungshürden haben. Zum Beispiel Mathe und Physik.

Eine Umfrage aus dem vergangenen Jahr bei allen Hochschulen, die einen Physik-Bachelor anbieten, förderte ein erstaunliches Ergebnis zutage. Die Unis meldeten, dass nur 65 Prozent aller Erstsemester bei Veranstaltungen auftauchten. Auch Cathleen Muehleck von der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) in München hält es für möglich, dass in manchen Fächern jeder dritte Neuling nur zum Schein immatrikuliert ist. Die Leiterin des Prüfungsamts für Geistes- und Sozialwissenschaften arbeitet seit 25 Jahren an der LMU – und glaubt, dass das Problem mit den Schummelstudenten derzeit wieder Hochkonjunktur hat. Grund: das Ende der Studiengebühren. Die hätten viele davon abgehalten, ein Scheinstudium aufzunehmen. Jetzt würden die Phantome wieder zum Leben erweckt.

Nachdem Bayern zum Wintersemester 2013/2014 die Campus-Maut abgeschafft hatte, stieg beispielsweise im zulassungsfreien Archäologie-Bachelor die Zahl der Erstsemester im Vergleich zum Vorjahr von 34 auf 110. Etwa 50 Prozent von ihnen waren keine Studienanfänger, sondern hatten schon einen akademischen Titel oder es in anderen Fächern versucht. Natürlich kann es sein, dass plötzlich viele junge Menschen ihre Leidenschaft für Ausgrabungen entdeckt hatten. Möglich ist aber auch, dass es ihnen um ein verbilligtes Leben ging. Auf Letzteres deutet hin, dass sich ein Drittel der Archäologie-Neulinge am Ende des Wintersemesters für keine der neun vorgesehenen Prüfungen anmeldete.

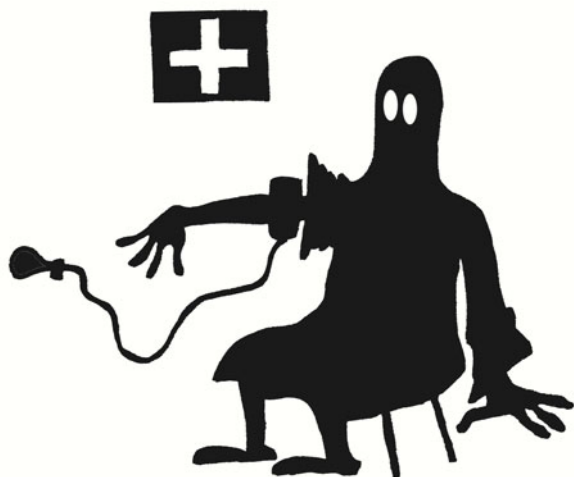


An der Universität Freiburg in Baden-Württemberg sorgte das Gebühren-Aus ebenfalls für ein exorbitant steigendes Interesse an einem zulassungsfreien Nischenfach: Die Zahl derjenigen, die vorher schon ein anderes Fach studiert hatten und sich nun für Katholisch-Theologische Studien einschrieben, stieg plötzlich auf das Achtfache. Im Wintersemester, in dem dann weit mehr zulassungsfreie Studiengänge zur Auswahl standen, brach die Zahl der Theologie-Erstsemester wieder kräftig ein: Die Phantomstudenten hatten schlicht mehr Auswahl. Im folgenden Studienjahr wiederholte sich das kuriose Spiel.

Angst, aufzuliegen, müssen die meisten der Uni-Betrüger nicht haben. Viele Hochschulen machen es ihnen ziemlich leicht. So greift die LMU München erst dann hart durch, wenn Schein-Archäologen neun Semester lang keine Leistungen erbringen. Und an der Technischen Universität der chronisch klammen Bundeshauptstadt Berlin gibt es überhaupt keine Prüfungs- und Studienfristen. Wer eingeschrieben ist, sich aber für keine Module anmeldet, bleibt gänzlich ungestört. Das kommt Jonas Meling entgegen.

Vor Jahren studierte er in Deutschland und England Rechtswissenschaften, mittlerweile arbeitet er als Unternehmensberater und fertigt Kalkulationen für zahlungskräftige Großbanken an. Was sein Arbeitgeber nicht weiß: Meling ist seit mehreren Semestern parallel für Physik an der Technischen Universität in Berlin eingeschrieben. »Mir ging es um das billige Bahnticket für Berlin. Außerdem kann ich als Student auf das Angebot der Bibliotheken zugreifen und dort in Ruhe arbeiten«, sagt er. Steuern, Kranken- und Rentenversicherung laufen ganz normal über seine Arbeitsstelle.

»Formal ist das natürlich Betrug und damit eine Straftat«, sagt die Hamburger Rechtsanwältin Nannette Meyer-Sand, die sich auf Hochschulrecht spezialisiert hat. Im schlimmsten Fall drohen eine Geld- oder sogar eine Freiheitsstrafe. Aber die meisten



Unis hätten gar nicht die personellen Möglichkeiten, Phantomstudenten hinterherzuschneffeln. Außerdem ist kaum festzustellen, weshalb Eingeschriebene keine Leistungen erbringen. Schließlich könnten auch eine schwere Krankheit oder Lebenskrisen verantwortlich sein. Und wie will man denn eigentlich nachweisen, dass jemand nie die Absicht hatte, ein Studium aufzunehmen?

Fliegt trotzdem mal eines der Phantome auf, habe es außer einer Exmatrikulation in der Regel nichts zu befürchten – es sei denn, in der Zeit floss Kindergeld. »Dann wird es unangenehm«, sagt Meyer-Sand. »Der Staat wird das zurückfordern, mit Zinsen.« Außerdem drohe ein saftiges Bußgeld und ein Strafverfahren. Das sei besonders für angehende Lehrer oder

Phantomstudenten bezahlen weniger für ihre Krankenversicherung, dürfen günstiger ins Kino und können verbilligt in der Mensa essen.

Juristen fatal. »Wer später in den Staatsdienst möchte, der kann sich das mit einem Strafverfahren abschminken«, sagt die Rechtsanwältin.

Julia Merholz, 22, weiß, dass ihr Scheinstatus nicht erlaubt ist. Und ihr ist auch nicht ganz wohl dabei. Doch sie habe keine Wahl gehabt, sagt sie.

Die Kölnerin brach nach drei Semestern ihr BWL-Studium ab. »Es hat mich null interessiert«, sagt sie. Sie beschloss, eine Praktika-Phase einzulegen, um herauszufinden, was wirklich zu ihr passt. »Aber die Unternehmen möchten nur eingeschriebene Studenten«, sagt Merholz. Ohne Studentenausweis kein Praktikum – und auch keinen Nebenjob als Büroaushilfe in einer Versicherung. Das Unternehmen machte den Studentenstatus zur Bedingung. Es spart dadurch einen Teil der Sozialabgaben, feste Verträge und höhere Gehälter. So profitiert auch die freie Wirtschaft vom Millionenbetrug mit dem Scheinstudium.

Sogar Verkehrsbetriebe und Krankenkassen, denen durch die Phantomstudenten Einnahmen entgehen, betrachten den Großbetrug gelassen. Die Berliner Verkehrsbetriebe wiegeln ab: Die Fahrtickets seien schließlich bezahlt, wenn auch zum Sonderpreis. AOK und Techniker Krankenkasse halten Scheinstudenten für ein Spartenproblem – und verweisen auf die Universitäten als Kontrollinstanz. Allerdings sehen auch die Hochschulen keine große Notwendigkeit, gegen den Millionenbetrug vorzugehen.

Das könnte daran liegen, dass sie von den Karteileichen eher profitieren, als unter ihnen zu leiden. Sie kassieren von allen Eingeschriebenen die Verwaltungsgebühr. Außerdem fließt für jeden Studienanfänger Geld – über den sogenannten Hochschulpakt und im Rahmen der Hochschulfinanzierung, die

sich auch an den Studentenzahlen orientiert. Die Unis scheint es daher nicht zu stören, dass die Phantomstudenten Steuer-gelder verschleudern und die hochschulinterne Ressourcenverteilung zu einer Farce machen können: Die Verteilung von Mitteln innerhalb der Universität richtet sich schließlich auch nach der Zahl der Eingeschriebenen. Außerdem: Was wäre, wenn die Eingeschriebenen tatsächlich alle zur Uni kämen? Wie eng wäre es dann bloß in den Seminarräumen und Vorlesungssälen? Können die Unis nicht froh sein über jeden, der lieber zu Hause bleibt, als die Arbeitszeit der Professoren und des anderen wissenschaftlichen Personals in Anspruch zu nehmen?

Der laxer Umgang könnte jedoch bald ein Ende haben. In Nordrhein-Westfalen will die SPD einen neuen Absatz in das künftige Hochschulzukunftsgesetz aufnehmen: »Hochschulen sollen Studenten exmatrikulieren, die ihr Studium über einen längeren Zeitraum nicht betreiben.« Hintergrund ist dabei auch der Missbrauch des Semestertickets. Allerdings wäre die Voraussetzung für eine Exmatrikulation nach den Planungen erst dann erfüllt, wenn jemand schon für die Dauer der doppelten Regelstudienzeit plus zwei weiterer Semester eingeschrieben ist – oder in vier aufeinanderfolgenden Semestern keine Prüfung erfolgreich ablegt.

Auch Baden-Württemberg unternimmt etwas gegen den Millionenbetrug: Dort wird all jenen Studenten die Immatrikulation verweigert, die zeitgleich »beruflich tätig« sind – es sei denn, sie weisen nach, dass sie ausreichend Zeit für ein Studium haben.

In Berlin, wo Unternehmensberater Jonas Meling drei Semester lang den Staat betrog, gibt es für Phantomstudenten derzeit noch nichts zu befürchten. Trotzdem will sich der Unternehmensberater im kommenden Sommersemester nicht wieder an der Uni einschreiben. Allerdings nicht wegen moralischer Bedenken. Meling stellte nur fest, dass ihm die U-Bahn viel weniger nützt als vorher gedacht. Es rechnete sich schlicht nicht mehr, die Semestergebühren in Höhe von 280 Euro zu bezahlen.

